

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

„Für mich hat ein Euro-Austritt Griechenlands längst seinen Schrecken verloren“. Der Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland gibt solche Äußerungen von sich. Die Kanzlerin sieht darin anscheinend keinen Grund zur Reaktion. Entweder hält sie die Äußerungen ihres Vizekanzlers für unerheblich (wie auch die von SPD und den Grünen) oder sie setzt auf ihre Beliebtheitswerte.

Mittlerweile hat der unprofessionelle Umgang der Regierungskoalition schon so viel Unheil angerichtet, dass viele BürgerInnen glauben, ein Ausstieg aus dem Euro wäre das kleinste Übel. Vom Euro profitieren und dann die Solidarität in den Schirmständer stecken, ist eben nicht nur schöfel sonder auch noch dumm.

Richtig ist, dass es so nicht weitergehen kann. Das liegt aber daran, dass der Euro nur Bestand haben kann, wenn Europa verwirklicht wird. Eine Währungsunion ist nicht sinnvoll ohne politische- und fiskalische Union. Da liegt der Hund begraben.

Es langweilt geradezu, zu beobachten welche Fehler sich die Koalition leistet. „Pleiten und Pannen“ (fehlt da noch Pech?) Beschämend ist, **unser** Umgang mit den Asylbewerbern. Dass **wir alle** zugeschaut haben bis die Schande gerichtlich festgestellt ist, macht die Angelegenheit noch schlimmer.

Kurz vor der Sommerpause hat es uns in Baden-Württemberg nun auch erwischt. Ehrgeizige Ziele kosten Geld. Angesichts der haushaltspolitischen Trickereien von Schwarzgelb war es zu erwarten, dass irgendwann die Finanzierung der Landesausgaben schwierig würde. natürlich kosten die Lehrkräfte besonders viel Geld. Sparmaßnahmen treffen da besonders auf Unmut. Vielleicht hilft Ihnen das Papier von Katja Mast (S. 18-19) etwas weiter.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- ASJ begrüßt Urteil des Verfassungsgerichts und mahnt weitere Reformen an - „Schwere Klatsche für Merkel“ - Von der Leyen soll nicht klagen sondern handeln!	2- 3
- BW : Gerster kritisiert Schneiders Verhalten bei EnBW-Aktiendeal	
- SPD-Bodenseekreis : „Gute Pflege muss uns was wert sein“ - Katja Mast in Markdorf	4- 6
- „Europa die Meinung sagen“	6- 7
- Leserbeitrag; Verkehr in Überlingen	7
- Antrag des Kreisverbands der SPD Bodensee zum Ausbau der Bodenseegürtelbahn Friedrichshafen-Radolfzell - Zuschüsse für Friedrichshafener Berufsschule	7- 9
- Adnan Sabah wendet sich an Ramsauer	9
- Brief von Adnan Sabah an BM Ramsauer	9
- Sabah gegen Verschwendung der Kreisfinanzen - Termine im Bodenseekreis	9-10
- SPD-Publikationen in der Region ...	10
- SBI : SP Kanton Appenzell-Innerrhoden	
- Gründung der SP-Kantonalpartei in AI	11-12
- SP Kanton SG : Lohnreduktion beim Staatspersonal wird verheerende Folgen haben - Energiewende-Initiative eingereicht	12-13
- SPÖ Vorarlberg : "LändleGerecht"	13
- Halber Lohn. Weniger Pension	13
- Über 100 Jugendliche im "FrageRaum Politik"	14
- SPD Kreis BC und Martin Gerster :	
- 50 Bürgerinnen und Bürger lernen das politische Berlin kennen - Kreis-SPD fordert Erhalt der Regionalberichterstattung	14-15
- SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz :	
- Angst ist ein schlechter Ratgeber - Nein im Bürgerentscheid in Singen	15
- Ulm und Hilde Mattheis :	
- Mehr Geld und weniger Bürokratie für Integrationskurse gewünscht	16
- Roth sieht Pflicht zur Einmischung in Ungarn	16-17
- BayernSPD - SPD Kreisverband Lindau :	
- 120 Jahre SPD in Bayern – Traumhafte Wanderungen von der Lechquelle abwärts	17-18
- Bildungspolitik : Wir sorgen für bessere Bildung für alle UND einen ausgeglichenen Haushalt	18-19
- „Wir regieren mit -super- das hätten wir uns vor der Landtagswahl nicht träumen lassen!“	20
- Bodo Rudolf, ein oberschwäbischer Sozialdemokrat, 40 Jahre in der SPD	20-22
- Statistik zu Seite 5 - Einladung: AG ChristInnen und SPD Oberschwaben/ Bodensee	23
- Laut für Toleranz	24
- Impressum	25

Pörksen:

ASJ begrüßt Urteil des Verfassungsgerichts und mahnt weitere Reformen an

Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass die bisherigen Leistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber kein menschenwürdiges Existenzminimum sichern. Dazu erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen Anke Pörksen:

Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht eine Selbstverständlichkeit klargestellt hat:

Dass die Menschenwürde für alle gilt und dass der Staat ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern hat – unabhängig davon, woher jemand stammt, unabhängig davon ob er oder sie nur vorübergehendes Aufenthaltsrecht hat.

Leider haben die Karlsruher Richter nicht den Vorrang der so genannten Sachleistungen gekippt. Auch in Zukunft sollen Asylbewerber nur einen kleinen Teil der Leistungen in bar bekommen. Das halten wir für falsch.

Die Bundesregierung hat bei der Verhandlung in Karlsruhe erklärt, dass zu hohe materielle Aufwendungen Flüchtlingsströme beeinflussen könnten. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses zynische Argument in aller Klarheit zurückgewiesen.

Die Bundesregierung muss die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts jetzt schnell umsetzen. Das Asylbewerberleistungsgesetz muss grundsätzlich reformiert werden – auch bei den noch verbleibenden Leistungseinschränkungen und den Regelungen zur Unterkunft.

Hier eine ausführliche Analyse der ASJ zum Urteil:

<http://spd-link.de/sA4w>.

Berlin, 21. Juli 2012

Pressestelle SPD

Wahlrecht verfassungswidrig:

„Schwere Klatsche für Merkel“

Bundespolitik

SPD-Generalsekretärin Mast:

"Damit wird der skandalösen Schiefelage gerade in Bezug auf Baden-Württemberg ein Riegel vorgeschoben."

Die Landes-SPD hat das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nachdem das geltende Wahlrecht für Bundestagswahlen verfassungswidrig ist, als "guten Tag für die deutsche Demokratie" bewertet. *"Damit wird der skandalösen Schiefelage gerade in Bezug auf Baden-Württemberg ein Riegel vorgeschoben"*, erklärte SPD-Generalsekretärin Katja Mast.

Die SPD-Politikerin bezeichnete das Urteil als „schwere Klatsche für Merkel“ und erinnerte daran, dass es CDU und FDP waren, die diese verfassungswidrige Wahlrechtsreform 2011 „auf Gedeih und Verderben“ durchgeboxt hatten, ohne Vorschläge der Opposition in Erwägung zu ziehen. „Diese Arroganz der Macht ist nur mit parteipolitischem Kalkül zu erklären“, so Mast.

Bei der Bundestagswahl im Jahr 2009 seien von insgesamt 24 Überhangmandaten, die damals alle an die CDU/CSU gingen, sage und schreibe zehn aus Baden-Württemberg gekommen, verdeutlichte die Generalsekretärin – also über 40 Prozent. „Das hat mit dem Gleichheitsgrundsatz in unserer Demokratie und der vom Grundgesetz garantierten Chancengleichheit nichts mehr zu tun“, so Mast.

Schwarz-Gelb sei jetzt gefordert, die Initiative zu ergreifen, um noch vor der Bundestagswahl im kommenden Jahr ein neues Wahlrecht beschließen zu können. „Wir stehen für schnelle Gespräche bereit, denn unsere Vorschläge liegen seit langem auf dem Tisch“, so Katja Mast. „Gut, dass Merkels Machtmissbrauch nun eine Ende hat.“

25.07.2012

Homepage

[SPD-Landesverband Baden-Württemberg](#)

Gleichstellung

Elke Ferner:

Von der Leyen soll nicht klagen sondern handeln!

In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ kritisiert die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen Unternehmen wegen des Umgangs mit Frauen. Hierzu erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Elke Ferner:

Die Bundesarbeitsministerin beklagt den schlechten Umgang der Unternehmen mit den Frauen und fordert erneut eine Frauenquote für Aufsichtsräte. Dafür ist sie aber gar nicht zuständig. Als Frauenministerin hatte sie die Quote noch abgelehnt.

Dort, wo sie selbst als Arbeitsministerin etwas tun könnte, duckt sie sich weg oder verschlimmert die Situation von Frauen noch. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn würde vielen Frauen sofort mehr netto im Monat bringen und die Rentenanwartschaften verbessern – von der Leyen lehnt dies ab.

Stattdessen will die Koalition die Grenze für die Mini-Jobs auf 450 Euro erhöhen – von der Leyen tut nichts dagegen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - wo bleibt von der Leyens Initiative?

Die Bundesarbeitsministerin gibt sich nur dann als Kämpferin für Frauenrechte, wenn sie nicht zuständig ist. Dort, wo sie es selbst in der Hand hätte, tut sie nichts. Das ist nicht nur feige, sondern scheinheilig.

Sie wird im Herbst die Gelegenheit haben, Farbe zu bekennen: von der SPD liegen zwei Gesetzentwürfe vor. Einer zur Frauenquote und einer zur Entgeltgleichheit. Wir werden dann ja sehen, wie ernst Frau von der Leyen es mit der Frauenförderung meint

20.07.2012

Elke Ferner, MdB

Landespolitik:

Gerster kritisiert Schneiders Verhalten bei EnBW-Aktiendeal

BERLIN/BIBERACH – Zu den Vorgängen um den CDU-Landtagsabgeordneten und baden-württembergischen Sparkassenpräsidenten Peter Schneider MdL, der durch den EnBW-Aktiendeal von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus mehrere Tausend Euro Gewinn erzielt hat, erklärt der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster:

„Es muss sorgfältig geprüft werden, ob Peter Schneider in seinen Funktionen als Landtagsabgeordneter, Sparkassenpräsident und LBBW-Aufsichtsrat sowie durch seine Nähe zu Stefan Mappus mögliches Insiderwissen zum eigenen Vorteil genutzt hat und somit problematische Interessenverknüpfungen vorlagen.

Dem steuerehrlichen Normalverdiener ist nicht zuzumuten, mit seinem Geld die Nebeneinkünfte eines gut bezahlten Sparkassenpräsidenten mit Landtagsmandat aufzubessern. Denn während der Steuerzahler 840 Millionen Euro durch den Aktiendeal von Stefan Mappus draufzahlt, gehört Peter Schneider persönlich zu den Profiteuren auf Kosten der Öffentlichkeit.

Die Menschen erwarten zu Recht vorbildliches Verhalten von ihren Abgeordneten.“
Berlin, 19.07.2012 Alexander Geisler M.A.

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



„Gute Pflege muss uns was wert sein“

**Kreis-SPD veranstaltet Forum zur
Pflegerreform in Oberteuringen**

Um 110 Prozent ist seit 1990 die Zahl der hochbetagten Einwohner (über 85 Jahre) im Bodenseekreis angestiegen, berichtete kürzlich der SÜDKURIER. „Um so drängender ist der fällige Ausbau der Pflege-Infrastruktur vor Ort und eine Finanzreform bei der Pflegeversicherung“, mahnte die **Ulmer SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis** beim Forum der Kreis-SPD in Oberteuringen zu der Frage: **„Wie wollen wir in Zukunft gepflegt werden?“**

Mit einem Paket von 6 Milliarden Euro will eine künftige SPD-geführte Bundesregierung, so die Politikerin, dem Risiko der Pflegebedürftigkeit wirksamer begegnen. Die Gesundheitsprävention im Alter soll ausgebaut und mehr Gelder in die Pflegeforschung und in die Bedarfsdeckung bei den Altenpfleger/innen investiert werden. Zu finanzieren sei dies mit einer Anhebung des Beitragssatzes in der Pflegeversicherung um weitere 0,6 Prozent und mit der Einbeziehung weiterer Beitragszahler im Wege des SPD-Konzepts einer Bürgerversicherung.

Die SPD-Abgeordnete führte vor der Veranstaltung im Rathaus eine Unterredung mit Bürgermeister **Karl-Heinz Beck** und mit der Leiterin der örtlichen Wohnanlage „für Jung und Alt“, **Luitgard Caspari**. Beide Experten bestätigen den Bedarf zur Ausweitung der Pflege-Beratung und der wohnortnahen Pflegeeinrichtungen. „Wir müssen auch die Versorgungslücken bei der häuslichen Pflege schließen“, sagte Frau Caspari. Im Kreispflegeplan mit seinen Planungsperspektiven bis 2030 geht das Landratsamt von einer Umkehrung der Pflegeverhältnisse aus, bedingt durch die veränderten Familienstrukturen. Werden heute noch 2/3 der pflegebedürftigen Senioren zu Hause versorgt, reduziert sich dieser Anteil in den nächsten 20 Jahren deutlich. Schon im vergangenen Jahrzehnt ist das Angebot von stationären Pflegeplätzen im Kreisgebiet um 31 Prozent gestiegen, wie dem aktuellen Sozialbericht der Kreisverwaltung zu entnehmen ist.

„Das schlechte Image der Pflegeheime muss überwunden werden“, erkannte bei dem SPD-Forum **Roland Hund**, Leiter von Einrichtungen der Stiftung Liebenau in Kressbronn und Friedrichshafen. Schwierig sei auch die Gewinnung von Nachwuchs-Fachkräften in der Altenpflege. Im Durchschnitt arbeite eine Fachkraft etwa sieben bis neun Jahre in einem

Pflegeheim. Zurückhaltend reagierte Hund auf die SPD-Forderung nach einem Mindest-Lohn für die Beschäftigten in der Altenhilfe und einem höheren Arbeitsentgelt, was die Pflegekosten teurer werden lasse. **Ulrich Gresch** von der Häfler Gustav-Werner-Stiftung leitete die angeregte Diskussionsrunde von Experten, Politikern und über 60 interessierten Zuhörern. Sein Resümee: „Gute Pflege muss unserer Gesellschaft etwas wert sein.“

Mit auf dem Podium saßen **Hermann Veese**r für den gastgebenden SPD-Ortsverein Oberteuringen und der Kreisvorsitzende der Sozialdemokraten, **Adnan Sabah**. Dieser beschwor den Grundwert der Solidarität, der im Generationenvertrag erfüllt werden müsse. Er unterstützte Hilde Mattheis bei ihrer Feststellung, dass die Großelterngeneration schon zweimal gegeben habe im Leben und sich Debatten darüber verbieten, ob man staatliche Leistungen für die älteren Menschen in Frage stellen soll.

Zur Nachbereitung dieses Themas noch folgende Hinweise:

Am 13. Februar 2012 veröffentlichte der bekannte Paritätische Wohlfahrtsverband eine Pressemitteilung, in der dieser auf einen detaillierten, 35-Seiten umfassenden Forderungskatalog an die Politik und an die Pflegekassen hinweist

www.der-paritaetische.de

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 27. März 2012 ein umfangreiches Positionspapier zur Pflegereform verabschiedet. Daraus hat Hilde Mattheis in Oberteuringen vorgetragen.

www.spdfraktion.de/sites/default/files/spd-btf_positionspapier_pflege.pdf

Der letzte Bericht der SPD-Kreistagsfraktion im Bodenseekreis zum Sozialbericht des Bodenseekreises, soweit im Internet abrufbar, datiert aus dem Jahr 2006, von der Kreisrätin Helga Brauer.

Manche Landkreise stellen sogar die wichtigsten Grafiken zum Sozialbericht der Kreisverwaltung selber ins Internet, der Bodenseekreis nicht.

W. Bernhard

Eine Statistik der OECD: **PFLEGEPERSONAL IN DER ALTENPFLEGE** finden Sie auf Seite **23**

Katja Mast in Markdorf

Sie ist Pforzheimer SPD-Bundestagsabgeordnete, gelernte Gymnasiallehrerin und Bank-

kauffrau, und seit Oktober 2011 Generalsekretärin der baden-württembergischen SPD in der Nachfolge von Peter Friedrich, dem Konstanzer Landes-Bundesrats- und Europaminister in der Stuttgarter Landesregierung. Auf Einladung von Adnan Sabah reiste sie in die schicke Gehrenberg-Stadt Markdorf, um die aktuelle Kampagne der Landes-SPD wie heißt sie doch gleich - „Gute Wirtschaft-soziales Baden-Württemberg“ zu erläutern. Vor Markdorf hatte Katja Mast einen Termin bei „Schwarzwald-Sprudel“ in Bad Peterstal-Griesbach unweit von Offenburg.

Auf youtube findet man einen Filmspot, in dem Wirtschaftsminister Nils Schmid zusammen mit Katja Mast Sinn und Zweck dieser Aktion der Landes-SPD erklärt. Die SPD-Generalsekretärin nannte als Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik die Sicherung des erfolgreichen Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg mit seinen führenden Branchen Automobilindustrie, Maschinenbau, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Umwelt- und Energietechnologie und der Luft- und Raumfahrttechnik. Mit verbunden ist damit das Ziel, die Arbeitsplätze zu sichern und neue Beschäftigungsmöglichkeiten in den einzelnen Branchen zu schaffen. „Wir können Wirtschaft“, meinte Katja Mast und erinnerte an die solide Handlungs- und Entscheidungskompetenz des SPD-Wirtschafts- und Finanzministers Nils Schmid. Im sozialen Sektor soll noch in diesem Jahr das Tariftreuegesetz im Landtag verabschiedet werden. Die Landes-SPD setzt sich zudem für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn – nicht zuletzt in der Leiharbeit – geahlt wird. Die Landesregierung hat in der Länderkammer in Berlin eine Gesetzesinitiative für einen Mindestlohn von 8,50 Euro ergriffen.



v. li.: Adnan Sabah, Katja Mast, Ramazan Bilir
Foto: Marcel Rist

Katja Mast nannte den hohen Bedarf an Fachkräften in der Industrie und mehr noch in den Pflege-Berufen und in der Kleinkindbetreuung eine wichtige Aufgabe. Einen „völligen Schwachsinn nannte Sie das CSU-Ansinnen zum Betreuungsgeld, das verhindere, dass Kinder möglichst früh in Bildung, auch in soziale Bildung, kommen. Ein wichtiges Stichwort der Kampagne „Gute Wirtschaft“ ist die Dialog-Orientierung aller Verantwortlichen in der Landespartei, von den SPD-Ministern bis zu den Kommunalpolitikern und Ortsvereinen vor Ort, die in den nächsten Wochen und Monaten den Kontakt zu den Unternehmen und Betrieben vor Ort suchen sollen.

Siglinde Roman von der Tettlinger SPD kam auf die Streichung von Lehrerstellen zu sprechen, wo doch am Montfortgymnasium ein erheblicher Unterrichtsausfall beklagt werden müsse. Auch für Vertretungslehrer sei kein Geld mehr da. Das sei kein gutes Signal in die Sicherung des Fachkräfte-Nachwuchses im Wege einer guten Schulbildung. Die SPD-Politikerin sicherte zu, dieser Sache nachzugehen.

Die SPD-Gemeinderätin Irene Demuth wandte ein, dass die Kommunen trotz des „Paktes der Landesregierung mit den Familien“ die geforderte Quote von Betreuungsplätzen für Kleinkinder (U 3) nicht schaffen könnten. Katja Mast wies darauf hin, dass die Stadt Markdorf bisher nur 148 000 Euro jährlich für die Kleinkinder-Betreuung erhalten habe vom Land. Jetzt seien es 389 000 Euro!

Mit einem deftigen „Bodensee-Sprudel“ verabschiedete der SPD-Kreisvorsitzende Adnan Sabah den Gast von der Landes-SPD und dankte ihr für den weiten Weg in den Bodenseekreis.

12.07.2012

W.Bernhard

„Europa die Meinung sagen“

Im Zeppelinmuseum in Friedrichshafen hatten sich einen Tag nach dem anstrengenden Seehasenfest immerhin nicht ganz 200 Zuhörer und Diskutanten eingefunden. Sie lauschten den Erkenntnissen und Einsichten mehrerer Experten (mal wieder nur Männer!) zur gegenwärtigen Krisenlage in Europa. Da war der Repräsentant der EU-Kommission mit Sitz in München, **Dr. Arp**, der erhebliche Informationsdefizite bei den Bürgern beklagte, wobei die Bürger auch eine „Holschuld“ hätten, wenn

die Medien die Zusammenhänge mit den Rettungsschirmen in der Verschuldenskrise auf dem Kontinent dem Publikum nahe bringen wollen. Nur sporadisch tauchten gegensätzliche Standpunkte auf zwischen dem CDU-Landtagsabgeordneten **Ulrich Müller** und dem SPD-Landesminister für den Bundesrat und für die Europapolitik, **Peter Friedrich** aus Konstanz, auf. Auch Müller hat mittlerweile erkannt, dass man den Südländern nicht nur mit harten Spar-Diktaten kommen kann, sondern dass dort auch die Wirtschaft wieder auf die Beine kommen müsse, eben mit Wachstums- und Investitionsförderprogrammen. Die Aufgabe der Moderation hatte **Dr. Groth** übernommen, der Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung. Die Begrüßung der Besucher und der Experten auf dem Podium war Aufgabe des Häfler Baudezernenten **Dr. Köhler**, früher Geschäftsführer des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben im Ravensburger Büro. Etliche Diskussionsredner, die zu Wort gekommen sind, gaben unüberhörbar ihrem tiefen Misstrauen gegenüber dem Euro und der Fähigkeit der Eurokraten in Brüssel Ausdruck, die derzeitige Krise überhaupt noch in den Griff zu kriegen. Die Gäste auf dem Podium hatten einige Mühe, dem Publikum gegenüber optimistische Perspektiven zu vermitteln und für „mehr Europa“ zu werben. Zu Wort kam auch der Gewerkschaftssekretär Gottfried Christmann, dem Peter Friedrich zusagte, sich in Berlin und Brüssel dafür einzusetzen, dass die bisherige Förderung der Eures-Grenzpartnerschaft Bodensee nicht in den europäischen Sozialfonds abgeschoben wird, was erhebliche Mittelkürzungen für dieses verdienstvolle Projekt der Arbeitsämter und der Gewerkschaften rings um den Bodensee nach sich ziehen würde. 10 Jahre Arbeit wären dann umsonst, mahnte der DGB-Sekretär.

Der Vorsitzende der SPD in Uhltingen-Mühlhofen, Wolfram Klaar, verlangte vom Podium ein eindeutiges Bekenntnis zum Ausbau der politischen Union in Europa mit einer größeren demokratischen Legitimation. Immerhin nahm die Versammlung die beruhigende Botschaft mit nach Hause, dass nicht nur die Deutschen Zahlmeister zur Rettung der Krisen-Staaten und Banken sind, sondern dass die anderen EU- und Euro-Länder außer United Kingdom gemäß ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft ebenso erhebliche Bürgschaftssummen schultern. Und: Deutschland profitiert in hohem Maße davon, dass der Export in die benach-

barten Länder in Europa so gut floriert. Da hilft als Zahlungsmittel nicht eine isolierte nationale Währung, sondern nur eine gemeinsame Währungszone wie der Euro.

Beim anschließenden Stehempfang mit Umtrunk vertieften die Zuhörer untereinander die dargebotenen Thesen und tauschten Tipps aus, wie man noch weitere Bürgerforen dieser Art zur Europafrage organisieren könnte.
17.07.2012 **W. Bernhard**

Ortsverein Überlingen:

Leserbeitrag

In drei Beiträgen des Überlinger Südkuriers am 21. Juli 2012 spiegelt sich das Elend der Planung des innerstädtischen Verkehrs in Überlingen. Links oben fordert auf Seite 21 der Stadtrat Krezdorn Verkehrskontrollen gegen Verkehr Null Uhr bis sechs Uhr morgens auf der Franziskanerstraße, die dann von nur von Anliegern befahren werden darf. Er beklagt zu Recht, dass die Franziskanerstraße zu dieser Zeit „zur Rennstrecke“ werde. Hat er eigentlich bei seiner Befürwortung der Grabentrasse bedacht, dass diese, sollte sie jemals genehmigt und gebaut werden, an 24 Stunden befahren wird und man dort noch „besser“ rasen kann als auf den Franziskaner Straße. Bestätigen können dies alle Nußdorfer, die am oder in unmittelbarer Nachbarschaft zum Salm wohnen. Diese Straße ist nachts heute schon eine Rennstrecke. Die Nachtruhe wird besonders von bergauffahrenden Verkehrsteilnehmern gestört, wenn diese Vollgas Richtung B31 donnern. Hat man diese Erfahrungen im Arbeitskreis Grabentrasse berücksichtigt?

Der Bericht von Hans-Peter Walter macht deutlich, dass die Arbeit von einigen Dutzend engagierten Bürgern im Verkehrsdialo g wohl für die Katz war, da eigentlich nur noch die Revision des Verkehrsflusses in der Aufkircher Straße und die Grabentrasse besprochen werden, Themen, die in den Ausarbeitungen der Arbeitsgruppen entweder gar nicht, ablehnend oder sehr behutsam behandelt worden sind. Ich unterstelle den 15 Stadträte, die den Vorschlag der Verwaltung abgelehnt haben ehrbare Motive, vermisse aber bei einer solchen, letztlich harten Entscheidung die notwendige Empathie gegenüber den Mitgliedern der Arbeitsgruppen.

Warum musste eigentlich der Arbeitskreis Grabentrasse nichtöffentlich tagen? Er betraf we-

der das Gemeinwohl, noch die berechtigten schützenswerten Interessen einzelner.

Der Leserbrief von Horst Seeger auf der Seite 22 illustriert Nichtwissen und Ignoranz:

1. Die bestehende Regelung dort oben im Nordwesten Überlingens war Bestandteil einer Gesamtlösung zur Verkehrsberuhigung der Innenstadt Überlingen. Wird diese Regelung aufgehoben, geht die ganze Geschichte von vorne los. Es sei daran erinnert, dass einerseits die SPD seit 24 Jahren die Schließung der Innenstadt fordert, andererseits Überlingen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit 2020 Schauplatz der Landesgartenschau sein wird.
2. Der Gemeinderat ist nicht das Gegengewicht zur Verwaltung, sondern als Hauptorgan integraler Bestandteil der Gemeindeverwaltung. Die ehrenamtlichen Stadträtinnen und Stadträte kontrollieren und steuern zusammen mit dem Bürgermeister als Oberhaupt der Gemeindeverwaltung die Arbeit der Mitarbeiter des Rathauses.

Last but really not least:

Am 13. Juli hat der Südkurier berichtet, dass die Stadträtin Seige in einer Gemeinderatssitzung u. a. die Öffnung der Aufkircher Straße in beiden Richtungen gefordert habe. Da der Stukkateurmeister Seige in der Breitlestraße sein Geschäft hat, könnte es in seinem Interesse liegen, dass Kunden dies Geschäft von oben und unten anfahren können. Damit ist die Stadträtin Seige befangen, da lt. Gemeindeordnung der ehrenamtlich tätigen Bürgerin keine beratende oder eine entscheidende Mitwirkung zustehen, wenn sich für sie oder dem Ehegatten Vorteile oder auch Nachteile so entstehen können.

21.07.2012

Dietram Hoffmann

Entwurf:

Antrag des Kreisverbands der SPD Bodensee zum Ausbau der Bodenseegürtelbahn Friedrichshafen-Radolfzell

Die Landesregierung möge die Elektrifizierung des Teilstücks der Bodenseegürtelbahn (Friedrichshafen-Radolfzell) in die Elektrifizierung der Südbahn (Ulm-Friedrichshafen-Lindau) und der Hoahrheinbahn (Singen-Basel) - beide in Verantwortung des Bundes - einschließen.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag (S. 26 ff) sind beide Unterzeichner übereingekommen, den ÖPNV deutlich stärker als bisher zu fördern.

Es drohen massive Probleme, die nicht nur die Bodenseeregion, sondern den ÖPNV – Landesaufgabe - in Südbaden und Südwürttemberg - benachteiligen, wenn die Strecke Friedrichshafen-Radolfzell nicht elektrifiziert wird:

- **Lt. einer Studie zur Entwicklung des ÖPNV des Landratsamtes Bodenseekreis, bedeutet die Elektrifizierung der Hoahrhein- und der Südbahn und unverändertes Bestehenbleiben des Dieselbetriebs auf der Bahnstrecke zwischen Radolfzell und Friedrichshafen das Ende des heutigen Einstundentakts pro Richtung. Es droht die Einführung eines zwischen 40 und 80 Minuten wechselnder „Holpertakts“ mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Bahnanschlüsse in Radolfzell und Friedrichshafen und den lokalen und regionalen Busanschlüssen an der gesamten Strecke.**

- **Der Westen des Bodenseekreises kann in seiner Entwicklung, wie schon einmal Ende des 19. Jahrhunderts, als es sehr spät an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurde, wirtschaftlich (Tourismus und mittelständische Industrie) zurückgeworfen werden.**

- **Der CO2-Ausstoß der Dieselloks schadet nicht nur der Bevölkerung, sondern auch dem Tourismus.**

Die Elektrifizierung dieser Teilstrecke behebt nicht nur die aufgeführten Nachteile, sondern bietet auch Chancen:

- Erst die Elektrifizierung dieser Teilstrecke wird eine S-Bahn rund um den Bodensee und in das bayerische, südbadische und südwürttembergische Hinterland - halbstündig in beiden Richtungen, wie auf dem Schweizer Ufer und in Vorarlberg - ermöglichen.

- Durch die durchgängige Elektrifizierung kann der Bodenseekreis leichter an das Fernverkehrsnetz angebunden werden.

- Die Strecke kann durch Wiedereinbau von Ausweichstellen, wo sie entfernt worden sind, leistungsfähiger gemacht werden, auch ohne ein durchgängiges Doppelgleis. Ausweichstellen gibt es heute nur noch in sieben von 12 Bahnhöfen zwischen Friedrichshafen und Radolfzell.

- Außerdem könnten Bedarfshaltestellen beispielsweise in Stahringen oder Maurach (unterhalb der Birnau) eingerichtet werden.

- Und zu guter Letzt gibt es noch die Möglichkeit der Rückspeisung von Energie beim Bremsen des Zuges in das Netz der Bahn.

23.07.2012

Adnan Sabah, Kreisvorsitzender

Zu diesem Entwurf werden Änderungswünsche bis zum 05.08.2012 angenommen. Bitte senden an **Dietram Hoffmann:
dietram.hoffmann@googlemail.com**



Landtag von Baden-Württemberg

Martin Rivoir, MdL
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Stv. Fraktionsvorsitzender

E-Mail: Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de
Internet: www.martin-rivoir.eu
Martin Rivoir, Söthiger Str. 14, 69077 Um



Deutscher Bundestag

Martin Gerster, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied des Finanz- und des Sportausschusses
E-Mail: martin.gerster@bundestag.de
Internet: www.martin-gerster.de
Martin Gerster, MdB, Poststr. 7, 66400 Biberach

PRESSEMITTEILUNG

Zuschüsse für Friedrichshafener Berufsschule

Fast die Hälfte der Erweiterungs- und Umbaukosten kommt dieses Jahr vom Land

FRIEDRICHSHAFEN - „Gute Nachrichten für unsere Region“, vermelden die SPD-Betreuungsabgeordneten für den Bodenseekreis, Martin Gerster MdB und Martin Rivoir MdL. Grund ist die Investitionszusage für den Erweiterungsbau des Berufsschulschulzentrums in Friedrichshafen. Das Land fördert ihn mit 1,63 Millionen Euro. „Unsere Schüler und Lehrer in Friedrichshafen können sich freuen, denn damit können weiterhin gute Rahmenbedingungen fürs Lernen geschaffen werden“, so der Biberacher Bundestagsabgeordnete Gerster. Die Zuschüsse fließen in eine Gesamtbausumme von 3,28 Millionen Euro in der Bodenseestadt.

„Insgesamt wird der Schulhausbau im Land dieses Jahr von der grün-roten Landesregierung mit 57,6 Millionen Euro aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs gefördert“, teilte Gersters Ulmer Landtagskollege Rivoir mit. Im Betreuungsgebiet der beiden Abgeordneten (die Kreise Biberach, Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen) liegt die geförderte Bausumme an neun Schulen bei 14,27 Millionen Euro mit einem Förderanteil von über der Hälfte. Förderfähig sind schulische Um-, Neu- sowie Erweiterungsbauten und Voraussetzung ist entsprechender Bedarf, beispielsweise wegen gestiegener Schülerzahlen oder Ersatz für Räume, die nicht mehr den schulischen Anforderungen entsprechen.

Zuschüsse erhalten dieses Jahr insgesamt 62 Bauprojekte im Land. Darauf haben sich Kultusministerium, Finanzministerium und Innenministerium mit den kommunalen Landesver-

bänden (Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag Baden-Württemberg) verständigt. Bei der Vergabe der Fördermittel für den Schulhausbau wurden alle Schularten berücksichtigt.
19.07.2012 Bürgerbüro Martin Gerster MdB

Adnan Sabah wendet sich an Ramsauer

SPD Kreisvorsitzender will Bundesfernstraßenbau anschieben

In einem Brief an den Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer bittet Sabah diesen dringend um Bereitstellung der notwendigen Mittel für 2014 zur Realisierung der schon planfestgestellten Projekte B31 Friedrichshafen Ortsumgehung West und das Projekt B30 Ortsumgehung Ravensburg Süd. Der Vorsitzende der SPD Bodenseekreis erinnert Ramsauer daran, dass das Bundesverkehrsministerium in einem Brief 2010 - also noch unter der Mappusregierung - an Norbert Zeller, den langjährigen SPD-Landtagsabgeordneten zu Recht darauf hingewiesen habe, dass das Land Baden-Württemberg wegen der Konkurrenz vieler „baureifer Projekte in Baden-Württemberg“ die Bundesfernstraßenprojekte zu priorisieren habe, bevor Bundesmittel dafür angewiesen werden können. Da die grünrote Landesregierung im Juni dieses Jahres alle baureifen Bundesfernstraßenprojekte im Ländle priorisiert habe und Friedrichshafenwest die höchste und Ravensburg-süd die dritthöchste Priorität erhalten hätten, sei es an der Zeit, daran zu gehen, die Anwohner der bisherigen Trassen von der schwer erträglichen Lärm-, Abgas- und Feinstaubbelastung zu befreien.

26.07.2012

Dietram Hoffmann

Brief des Kreisvorsitzenden Adnan Sabah an BM Ramsauer

An
Herrn Dr. Peter Ramsauer
Bundesministerium für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

26.07.2012

geehrter Herr Minister Ramsauer,

In einem Schreiben von Herrn Ministerialdirektor Michael Harting vom 29.03.2010 auf eine Anfrage von Norbert Zeller, dem Vizeprä-

sidenten der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI) u. a. auch zum Ausbau der B31 Immenstaad - Friedrichshafen/Waggershausen (Friedrichshafen Ortsumgehung West) und B 30, Ravensburg/Eschach bis nördlich Baidt (Egelsee) (Ortsumgehung Ravensburg Süd) vom 28.01.2010 wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass das Land Baden-Württemberg wegen der Konkurrenz vieler „baureifer Projekte in Baden-Württemberg“ die Bundesfernstraßenprojekte zu priorisieren habe, bevor Bundesmittel dafür angewiesen werden können.

Norbert Zeller hat als Landtagsabgeordneter diese Priorisierung jahrelang von der vorigen Landesregierung vergeblich gefordert. Erst die grün-rote Landesregierung hat sie in ihrem ersten Jahr durchgezogen und am 18.06.2012 der Öffentlichkeit (s. Anlage) vorgestellt.

Die höchste Priorität hat das Projekte B 31 Friedrichshafen Ortsumgehung West und die dritthöchste das Projekt B 30 Ortsumgehung Ravensburg Süd erhalten.

Ich bitte Sie dringend, die Bundesmittel zur Finanzierung beider, planfestgestellter Projekte zur Verfügung zu stellen. Da der bisherige Verlauf beider Trassen für die Anwohner eine schwer erträgliche Lärm-, Abgas- und Feinstaubbelastung bedeutet, wäre es sehr zu begrüßen, wenn Ihr Ministerium sich sehr schnell positiv entscheiden würde, damit der Bau spätestens in 2014 beginnen könnte.

Mit freundlichen Grüßen,

Adnan Sabah
Vorsitzender SPD Bodenseekreis

Sabah gegen Verschwendung der Kreisfinanzen

Adnan Sabah, der Vorsitzende der Kreis-SPD, begrüßte während einer Kreisvorstandssitzung, dass die SPD-Kreistagsfraktion die Gründung einer Tourismus-Fördergesellschaft durch den Landkreis abgelehnt hatte, da diese eine Subvention mit Steuergeldern bedeute. Natürlich ist ihm die Wichtigkeit der Branche Tourismus für uns am See bewusst. Er meint aber, dass eine Branche, die lt. Presse von einem Wachstum gegenüber dem Vorjahr um gute acht Prozent berichten könne, nicht gerade ein typischer Subventionskandidat ist. „Und das auch noch für eine Branche, der seit zweieinhalb

Jahren eh schon durch die umstrittene Reduzierung der Mehrwertsteuer für Übernachtungen durch Schwarzgelb in Berlin kräftig unter die Arme gegriffen wird“, wundert sich Sabah. Er erinnerte auch daran, dass so für Gemeinden zum Beispiel der Ausbau der Kindertagesstätten wegen der Erhöhung der Kreisumlage zu einer noch schwerer zu stemmenden Aufgabe werde. Subventionen seien eben nur dann sinnvoll, wenn befristet Anschubhilfe oder Nothilfe zu leisten seien, meinte der SPD-Kreisvorsitzende abschließend.

26.07.2012 **Dietram Hoffmann, Medienreferent**

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Kreisvorstand Sondersitzung

Donnerstag, 09.08.2012,
19:30 Uhr - 22:00 Uhr
Gasthaus Grüner Baum, Stetten
Anträge zum Landesparteitag

Kreisvorstandssitzung

Montag, 24.09.2012,
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 03.09.2012,
19:30 Uhr - 21:30 Uhr.
Ort: Weinstube Stecher

OV Friedrichshafen:

Vorstandssitzung SPD-OV FN

Dienstag, 11.09.2012,
19:30 Uhr -22:00 Uhr.
Ort: Restaurant des VFB Friedrichshafen
(Vereinsheim)

Sommerfest des SPD-Ortsvereins Friedrichshafen

Samstag, 15.09.2012,
16:00 Uhr - 22:00 Uhr.
Das Sommerfest des SPD-Ortsvereins Friedrichshafen findet statt im Boule-Club Friedrichshafen e.V.
88045 Friedrichshafen, Hochstr.
Das Clubgelände liegt in der Südoststrecke des ehemaligen Flakkasernengeländes (Fallenbrunnen). Die Einfahrt an der Hochstraße ist beschildert. Eingeladen sind alle SPD-Mitglieder, Neumitglieder und Freunde der SPD Friedrichshafen.

OV Meersburg:

Stammtisch

09.08.2012
20:00 Uhr
Im Truben
Steigstraße

Vorstandssitzung

30.08.2012
20:00 Uhr
Guttschänke

OV Überlingen:

Dienstag, 11.09.2012
parteiöffentliche Vorstands- und Fraktionssitzung
Gemeinderatsthemen: werden noch bekannt gegeben

Vorstandsthemen:

1. Ein Jahr Grünrot, Leistungsbilanz
2. Neugründung Arbeitskreis Kommunalpolitik

Zeit: 20:00

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses Krone,
Ausweichmöglichkeit Pizzeria Capri am
Landungsplatz

Landesparteitag der SPD Baden- Württemberg

Samstag, 29.09.2012,
11:00 Uhr - 16:30 Uhr.
Ort: Palatin in Wiesloch
Mehr Infos zum
Veranstaltungsort: www.palatin.de

Mehr...

Ein Beitrag von

[SPD-Landesverband Baden-Württemberg](http://www.spd-landesverband-baden-wuerttemberg.de)

SPD-Publikationen in der Region ...

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- 's Rote Fuchsle www.spd-ehingen.de
- Bibervision www.spd-biberach.de
- Der Rote Seehas:

http://www.spd-bodenseekreis.de/index.php?mod=content&menu=400&page_id=16706

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Sozialdemokratische Partei
Kanton Appenzell Innerrhoden

SP Kanton Appenzell-Innerrhoden:

Am 17. August 2012, 125 Jahre nach der Gründung der SP findet in Appenzell-Innerrhoden das Gründungsfest der letzten Kantonalen Sektion der SP Schweiz statt.

Zu verdanken ist dies vor allem Martin Pfister, schulischer Sozialarbeiter, bis zu seinem kürzlichen Rücktritt langjähriger Präsident der Gruppe für Innerrhoden, wohnhaft in Gonten.

**Jacqueline Fehr, Vizepräsidentin der SP:
„Für mich ist dies ein Glücksfall“**



Referat Martin Pfisters vom 23. Juni 2012 bei der SP-Delegiertenversammlung:

Zur Gründung der SP-Kantonalpartei in AI

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Genossinnen und Genossen

Danke für diese Gelegenheit, einige Gedanken mit euch teilen zu können. Es freut mich, dass es uns auch im Kanton Appenzell Innerrhoden gelingt, eine SP Kantonalpartei zu gründen. Dies ist ein historischer Moment. 125 Jahre nach der Gründung der SP Schweiz ist nun in allen Kantonen unsere gemeinsame Politik «für alle statt für wenige» vertreten.

Wir sind ein kleines tatkräftiges Gründungsteam mit dem Privileg, in unserem kleinen Kanton etwas grundlegend Neues gestalten zu können und gemeinsam mit euch für sozialdemokratische Anliegen einzustehen. Eine herausfordernde Aufgabe an einem Ort, wo viele dem bewahrenden Mainstream folgen und den appenzellischen Sonderfall zelebrieren. In einer Region, die auch von aussen gerne als «traditionell-konservatives Reservat am Alpstein» wahrgenommen wird.

Ein erstes Zeichen setzten wir am nationalen Flüchtlingstag, indem wir uns mit der aktuellen SP-Online-Petition in unserer lokalen Tagespresse für eine humanitäre Asylpolitik stark machten. Wir haben uns auch in der parteiinternen Vernehmlassung zum Migrationspapier eingebracht. Dort fordern wir, dass sich die SP Schweiz für «die Schaffung eines Menschenrechts auf Arbeit in der eigenen Heimat» einsetzt und so zum Ausgleich des Gefälles zwischen armen und reichen Staaten beiträgt.

In unserem Kanton, der im interkantonalen Steuer- und Ansiedlungswettbewerb vorne mitmisch, bleiben wir dran. Wir setzen uns unter anderem für eine gerechte Lohn-, Steuer und Abgabepolitik wie auch für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum für alle ein. Zudem wollen wir ein Zeichen der Erneuerung setzen, indem wir die Initiative für die Beschränkung der Amtszeit bei den Mitgliedern unserer Kantonsregierung unterstützen. Wir sind entschlossen, für unsere Politik zu mobilisieren und in unseren kleinräumigen Strukturen eine Partei «bi de Lüüt» zu sein. Wir versuchen, mit kreativen und provokativen roten Aktionen das gemütliche Appenzeller Mittelmass aus dem schwarzen Tiefschlaf zu rütteln, die konservative Übermacht herauszufordern und WählerInnen und Stimmvolk für unsere politischen Anliegen zu gewinnen.

Unsere Gründungstätigkeit bringt uns viel Freude aber verlangt auch Kraft und Mut. Wir sind an der weiteren Zusammenarbeit mit euch sehr interessiert. Ja, wir brauchen eure Unterstützung im Kampf «David gegen Goliath» - ohne Steinschleuder zwar aber mit Wort und Tat für unsere gemeinsame Politik «für alle statt für wenige - pour tous, sans privilèges»!

Ich danke für eure Aufmerksamkeit.



Lohnreduktion beim Staatspersonal wird verheerende Folgen haben

Auf Druck der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat will die Regierung die Löhne des Staatspersonals um 1.5 Prozent kürzen. Die SP wird diesen Entscheid nicht mittragen, denn das Personal musste bereits mehrere Sparanstrengungen über sich ergehen lassen – Jetzt ist es genug! Der sich abzeichnende Brain Drain wird verheerende Folgen für den Kanton haben.

„Mit einer Lohnreduktion wird die Solidarität des Staatspersonals massiv überbeansprucht“, so SP-Fraktionspräsident Peter Hartmann. Bereits beim letzten Sparpaket wie auch beim Voranschlag 2012 musste das Personal wesentliche Sparbeiträge leisten und die Folgen der

verfehlten Steuerpolitik der letzten Jahre mittragen.

Auch Parteipräsidentin Claudia Friedl gehen die weiteren Sparmassnahmen beim Personal zu weit: „*Wenn der Staat die Löhne beim Personal kürzt, ist das ein fatales und falsches Zeichen für eine ansonsten gut laufende Wirtschaft.*“

Brain Drain mit verheerenden Folgen

Zwar will die Regierung am neuen Personalrecht festhalten, doch tut sie dies nur dort, wo Verschlechterungen geplant sind. Verbesserungen werden gestrichen oder das Personal muss zusätzliche Ferientage selber bezahlen. Der Kanton als Arbeitgeber wird zunehmend unattraktiv. Schon heute zahlt der Kanton im schweizweiten Vergleich keine hohen Löhne.

Die immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen werden einen Brain Drain mit verheerenden Folgen für den Kanton auslösen.

St.Gallen, 17. Juni 2012

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Peter Hartmann, Fraktionspräsident
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Energiewende-Initiative eingereicht

Die SP hat heute ihre Initiative «Energiewende – St.Gallen kann es!» mit 4'096 glaubigsten Unterschriften eingereicht. Die Initiative fordert, dass der Kanton in Zukunft jährlich wenigstens 1 Prozent des Aufwands der laufenden Rechnung zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz einzusetzen.

Der Kanton St. Gallen hat zwar ein Energiekonzept, was aber fehlt, sind genügend Mittel, um die angedachten Massnahmen umzusetzen. Das will die SP ändern und fordert mit ihrer Volksinitiative die notwendigen Mittel, damit St.Gallen im Energiebereich zu den Spitzenkantonen (Thurgau, Basel) aufschliessen kann.

„Mit einem Prozent der Staatsausgaben ändern wir die Energiepolitik fundamental, rasch und nachhaltig“, ist Energiepolitiker und Kantonsrat Ruedi Blumer überzeugt. 40-50 Millionen Franken jährlich wären aus Sicht der SP ideal, um die Energiewende zu schaffen.

Erneuerbare Energien bieten viel Potenzial

Das Potenzial von Sonnen- und Windenergie sowie Biomasse ist riesig. Diese Technologien

sind erforscht und harren der Umsetzung. Ein grosses Potenzial hat auch die Geothermie. Mit Forschung und Pilotprojekten kann sich diese zu einem wichtigen Energiepfeiler der Zukunft entwickeln.

Parteipräsidentin Claudia Friedl hebt einen weiteren wichtigen Aspekt hervor: „Die billigste Energie ist die gesparte Energie.“ Energie kann überall gespart werden, ohne dass deswegen die Lichter ausgehen. In Gebäuden, bei Geräten, im Verkehr. Dafür braucht es Einsicht, Beratung und Investitionen. Der Kanton kann hier entscheidende Impulse und Anreize bieten.

Arbeitsplätze schaffen

Das Geld, welches wir für die Energie bezahlen, fliesst heute mehrheitlich in grosse Konzerne im In- und Ausland. Mit Investitionen in Energiesparmassnahmen, Gebäudesanierungen und erneuerbare Energieträger werden hingegen interessante und zukunftssträchtige Arbeitsplätze in unserem Kanton geschaffen. Das hilft allen, der Bevölkerung, dem Gewerbe und der Umwelt und verbessert somit unsere Standortattraktivität.

St.Gallen, 6. Juli 2012

Weitere Auskünfte:

- Ruedi Blumer, Kantonsrat
 - Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- über: Dario Sulzer



"LändleGerecht"

- Die Zeitschrift der SPÖ Vorarlberg

"Wohnen" als Schwerpunkt der ersten Ausgabe

Seit letzter Woche verteilt die SPÖ an den Bahnhöfen Vorarlbergs die neue Zeitschrift "LändleGerecht". Hier LändleGerecht als PDF (weboptimiert, 601 KB) im [Downloadcenter](#).

SPÖ-Express, 10.07.2012

Achtung Teilzeit:

Halber Lohn. Weniger Pension

Bilanz der Kampagne

Die Ergebnisse der in Vorarlberg von den SPÖ-Frauen durchgeführten Kampagne in Form von persönlichen Gesprächen und Fragebögen zeigen klare Defizite auf. Diese reichen von der mangelnden Kinderbetreuung

über die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit bis zum mangelnden Angebot an Ganztagschulen.

In Bezug auf Frauenpolitik, Familienpolitik und Bildungspolitik gibt es einiges nachzuholen, stellt Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher klar. Aus der Anzahl der von Frauen und Männern ausgefüllten Fragebögen gehen signifikante Gründe für Teilzeit hervor. Vorarlberg hat mit 49,6 Prozent den höchsten Anteil an Teilzeitbeschäftigten von ganz Österreich. Der überwiegende Teil sind Frauen. 75 Prozent der Frauen geben an, Teilzeit zu arbeiten, weil Beruf und Familie sonst nicht vereinbar sind. Über 60 Prozent der Frauen geben an, Teilzeit zu arbeiten, weil eben Frauen nach wie vor den Großteil der Hausarbeit übernehmen. Die mangelnde Übereinstimmung der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen mit den Arbeitszeiten wird ebenfalls stark bemängelt.

65 Prozent halten es für nicht gut, dass so viele Frauen Teilzeit arbeiten. Für den schulischen Erfolg der Kinder werden großteils Frauen verantwortlich gemacht, der Druck lastet auf ihnen, Stichwort Pisatest. Da passt die jüngste Erhebung bezüglich Schließtage der Kindergärten genau dazu. Statt weniger Schließtage, gibt es sogar einen mehr! Wenn nur 1,7 Prozent der Kindergärten im Sommer durchgehend offen haben, ist das ein Problem für berufstätige Eltern. Ferien- und Sportcamps ersetzen keine durchgehende Kinderbetreuung. Die Ergebnisse fordern zum raschen Handeln auf, bevor noch viele weitere Frauen und Männer vor dem Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen. Fast immer geht es zu Lasten der Frauen.

Abschließend bekräftigt Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher die Forderungen der SPÖ-Frauen, die für Vorarlberg genau ins Schwarze treffen:

- Flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung
- Mehr ganztägige Schulangebote
- Bessere Aufteilung von unbezahlter Arbeit
- Faire Abgeltung von Mehrarbeit

Alle Frauen, die Vollzeit arbeiten wollen, sollen auch die Chance dazu bekommen! Auch in Vorarlberg.

SPÖ-Express, 04.07.2012

Über 100 Jugendliche im "FrageRaum Politik"

Ein Bericht von Lukas Fleisch und Isabella Fitz

„Ich mach mir selbst ein Bild“ – das dachten sich fast 100 Jugendliche am Donnerstag, den 29. Juni 2012, beim FrageRaum Politik im Spielboden Dornbirn. Dabei hatten sie die Möglichkeit, Vorarlberger Spitzenpolitikern genauer auf den Zahn zu fühlen und sich einen persönlichen Eindruck von diesen und ihren Parteien zu machen.

In dieser bereits zum 12. Mal stattfindenden Veranstaltung, organisiert vom aha –Tipps & Infos für junge Leute in Zusammenarbeit mit invo – service für kinder- und jugendbeteiligung sowie JUGEND IN AKTION und der Stadt Dornbirn, konnten Jugendliche die Themen ansprechen, die sie bewegen. Zusammen mit einem engagierten Moderationsteam erarbeiteten sie Fragen, die sie anschließend an die Volksvertreter richteten.

Rede und Antwort standen die Landtagsabgeordneten Kurt Fischer (ÖVP), Dieter Egger (FPÖ), Johannes Rauch (GRÜNE) und Michael Ritsch (SPÖ). Die Politiker nahmen sich den ganzen Vormittag Zeit, um mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen. Das verdeutlicht, wie wichtig ihnen deren Anliegen und Einbeziehung ins politische Geschehen sind. Alle zeigten sich begeistert von den interessierten, offenen Jugendlichen und der ausgezeichneten Stimmung.

In vier Fragerunden durften die Jugendlichen all die Themen ansprechen, die ihnen wichtig waren. Dabei konnten sie einen guten Eindruck von den verschiedenen Politikern, deren Parteien und Positionen gewinnen. Es wurden viele Themen diskutiert. Jugendrechte, Bildungspolitik, Arbeits- und Lehrstellen, Migration, Integration und Religion, aber auch Korruptionsskandale und die „Eurokrise“ waren besonders heiß debattierte Punkte. Anschließend konnten die Jugendlichen in einer lockeren Runde auch persönliche Fragen an die Politiker richten. Besonders interessiert waren sie an deren Beruf, Laufbahn und Tagesablauf. Aber auch ihre Lieblingsfußballmannschaften, Hobbys und Jugendsünden wollten in Erfahrung gebracht werden.

In diesem direkten Austausch hatten Jugendliche die Chance, sich über Politik zu informieren und ihre Anliegen an Entscheidungsträger

zu richten. Die Politiker hingegen konnten ein besseres Gefühl für die Empfindungen junger Menschen und ihr Interesse für bestimmte Themen entwickeln. Unterschiedliche Perspektiven und Sichtweisen konnten freundschaftlich besprochen und somit gegenseitiges Verständnis gefördert werden. Alle Beteiligten glauben deshalb, sehr viel aus der Begegnung gelernt zu haben.

SPÖ-Express, 04.07.2012

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Viertägige Informationsfahrt mit MdB Martin Gerster:

50 Bürgerinnen und Bürger lernen das politische Berlin kennen

BERLIN – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat jetzt wieder Bürgerinnen und Bürger aus der Region, unter anderem vom Stadt seniorenrat Friedrichshafen, zum Gespräch im Deutschen Bundestag begrüßen können. Die 50 Frauen und Männer im Alter zwischen 16 und 74 Jahren aus Gersters Wahlkreis Biberach sowie aus seinen Betreuungslandkreisen Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen diskutierten mit Gerster eine Stunde lang engagiert über die aktuelle Politik, hier speziell auch eins seiner Fachgebiete, die Finanzpolitik, bevor der SPD-Abgeordnete die Gruppe zum Fototermin auf die Besucherterrasse des Reichstagsgebäudes führte. Die anschließende Besichtigung des Plenarsaals mit Vortrag über Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments bildete am Abend vor der Rückfahrt den Abschluss des intensiven zweitägigen Bildungsprogramms. Zuvor hatten eine zweiteilige politische Rundfahrt durch die Bundeshauptstadt und eine Führung mit Diskussion im Willy-Brandt-Haus sowie eine Spreeschiffahrt mit Abendessen ebenso zum Programm gehört wie eine Ausstellung über die Entwicklung der Demokratie in Deutschland sowie Informationsgespräche in der baden-württembergischen Landesvertretung und im Bundesfamilienministerium. Sehr zum Nachdenken brachte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zudem ein Informationsgespräch mit Führung durch die Stasigedenkstätte Hohenschönhausen.

Finanziert wurde die Fahrt vom Bundespresseamt, das mit den Bildungsfahrten seit rund 40 Jahren das politische Wissen fördert.

Biberach, den 23. Juli 2012
Bürgerbüro Martin Gerster MdB

Öffentlicher Appell an SWR

Kreis-SPD fordert Erhalt der Regionalberichterstattung

BIBERACH – Die SPD im Kreis Biberach kritisiert die Pläne des Südwestrundfunks, die Regionale Berichterstattung stark zu vermindern und vor Ort redaktionelle Einschränkungen vorzunehmen. Wie Kreisvorsitzender **Martin Gerster** MdB mitteilte, wolle ab 2016 der SWR die regionalen Frühsendungen auf SWR 4 Baden-Württemberg streichen: „Statt sieben Sendungen aus verschiedenen Regionen soll es dann nur noch eine einzige landesweite Sendung aus Stuttgart geben mit Themen, die landesweit von Interesse sind; für die Hörer hieße das weniger Beiträge über Regionales, weniger Informiertheit und so auch weniger Möglichkeiten der politischen Willensbildung und damit der Mitgestaltung der eigenen Lebensumstände vor Ort.“ Das könne nicht im Sinne eines gebührenfinanzierten Senders sein. „Radio muss regional bleiben, denn es ist unverzichtbarer Bestandteil regionaler Identität und öffentlich-rechtlicher Auftrag.“ Die dreistündigen regionalen Frühsendungen auf SWR 4 Baden-Württemberg müssten deshalb erhalten bleiben.

Ganz konkret geht es laut Gerster um mehr als 11.000 regionale Sendeplätze pro Jahr, die wegfallen sollen.

Biberach, 25. Juli 2012
Bürgerbüro Martin Gerster MdB

**SPD Kreis Konstanz
MdL Hans-Peter Storz**

Deutscher Gewerkschaftsbund zum Klinikverbund für den Landkreis Konstanz:

**Angst ist ein schlechter
Ratgeber - Nein im
Bürgerentscheid in
Singen**

Der Vorstand des DGB-Kreises Konstanz hat sich in Singen intensiv mit der Bildung eines

Klinikverbundes für den Landkreis beschäftigt und den anstehenden Bürgerentscheid in Singen diskutiert. Die Gewerkschaften stützten sich in ihrer Beratung auf ihre Arbeit in den Gremien der Krankenkassen und auf die Erfahrung der Betriebsräte in den Kliniken. Margrit Zepf, Verdi-Gesundheitsexpertin, trug den aktuellen Sachstand vor.

Zwei Grundanliegen stellen die Gewerkschaften bei weiter anwachsender Lebenserwartung in den Vordergrund: Im Landkreis muss an möglichst vielen Klinikstandorten die medizinische Grund- und Notfallversorgung abgesichert bleiben. Schnelle Erreichbarkeit ist ein unverzichtbares Stück Lebensqualität für alle Bürger.

Die Reformen im Gesundheitswesen erzwingen eine neue Ausbalancierung von Grundversorgung und raschem Zugang auch zu hoch spezialisierten Medizinerinnen für alle.

Diese Ansprüche können nicht mehr länger in Konkurrenz, sondern nur durch Arbeitsteilung in Klinikverbänden ausreichender Größe abgesichert werden. Das ist in allen Landkreisen und Großstädten so. „Wer sich dieser Entwicklung nicht stellt und städtische Kliniken gegeneinander auszuspielen versucht“, so warnt der DGB-Kreisvorstand in seiner Stellungnahme, „der spielt mit dem Feuer!“ Meist sei für isolierte Kliniken eine Privatisierung nur eine Frage der Zeit. Unsere Gesundheit darf nicht zur Ware gemacht werden. Die Qualität der Pflege wird nur auf einem hohen Niveau gehalten werden, wenn die Arbeitsbedingungen der Medizinerinnen und des Pflegepersonals stimmen. Hier auf müssen wir als Patienten in unserem eigenen Interesse Einfluss nehmen können.

Diese Einflussnahme der Bürgerinnen in allen Gemeinden im Landkreis Konstanz ist durch unseren Kreistag gewährleistet, aber nur dann, wenn alle Kliniken in kommunaler Trägerschaft bleiben.

Wir bitten deshalb die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Singen, die klaren Entscheide aller Beschlussgremien in den Städten und im Kreistag für eine kreisweite Klinikfusion mit zu tragen und im Bürgerentscheid mit Nein zu stimmen.

16.07.2012

i. A. Ilse Petryn DGB-Region
Südwestdeutschland Büro Ravensburg

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Mehr Geld und weniger Bürokratie für Integrationskurse gewünscht

Die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis will die Volkshochschule Ehingen bei deren Wunsch nach weniger Bürokratie bei Integrationskursen unterstützen. Das versprach sie bei einem Vor-Ort-Termin am Montag in der vhs Ehingen, als sie im Rahmen ihrer Sommertour einen Integrations Sprachkurs besuchte.

Peter Dunkl, Leiter der Ehinger Volkshochschule, lobte das Engagement der Teilnehmenden aus aller Welt, die hier Deutsch lernen. Er beklagte jedoch auch den hohen Bürokratieaufwand und die nicht kostendeckende Vergütung. Mattheis versprach, sein Anliegen in den Arbeitskreis Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion vorzubringen.

Sozialbürgermeister Sebastian Wolf betonte, dass Ehingen von den positiven Integrationsritten profitierte und freute sich über die Rückmeldung aus dem Sprachkurs, dass die Teilnehmenden sich in der Region gut aufgenommen fühlten.



Auf dem Foto sehen Sie v.l.n.r. Teilnehmerinnen des Integrations Sprachkurses, Hilde Mattheis MdB, Sozialbürgermeister Sebastian Wolf, Peter Dunkl (Leiter VHS), Roland Schmitz (SPD OV)

„Danke, dass Sie sich mit guten Willen und Tatkraft für ein besseres und gemeinsames Zusammenleben einsetzen“, betonte Mattheis bei allen Beteiligten die Bedeutung des Deutschlernens, um Kontakte zu knüpfen und sich in der Region wohlfühlen. Deshalb sei eine ausreichende finanzielle Ausstattung drin-

gend erforderlich. Gemeinsam mit Roland Schmitz vom SPD-Ortsverein Ehingen machte sie während ihrer Sommertour in Ehingen Station, um ihr Bild von den unterschiedlichen Anliegen vor Ort zu vertiefen.

11.07.2012

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB

Roth sieht Pflicht zur Einmischung in Ungarn

„Ich mache mir große Sorgen“: Eindringlich schilderte Michael Roth, der europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die Verschlechterung der politischen und rechtlichen Situation in Ungarn. Auf Einladung seiner Ulmer Fraktionskollegin Hilde Mattheis beschrieb er am Montag die rechtskonservative Entwicklung im Land seit der Amtsübernahme von Viktor Orbán im gut gefüllten Café Kornhauskeller.

Als „überzeugter Europäer“ sehe Roth eine Pflicht zur Einmischung der Sozialdemokratie und der EU. Chronologisch schilderte er die Schritte, die in Ungarn zu einer Einschränkung von Presse- und Medienfreiheit und den Kompetenzen des Verfassungsgerichts geführt hätten. Außerdem ergreife die ungarische Regierung, die im Parlament über eine 2/3 Mehrheit verfüge, deutliche Maßnahmen, Schlüsselstellen bei Gerichten oder Medienkontrollbehörden mit politisch gefärbten Personen zu besetzen. Der Ungarnkenner schilderte auch seine Eindrücke aus der ungarischen Bevölkerung, die nicht von der einen Union – der sowjetischen – in die andere, europäische einsteigen wollten.



Bild: Hilde Mattheis und Michael Roth, rechts im Vordergrund ein Diskussionsteilnehmer Otmar Schanz

„Ungarn leidet“ – auch darunter, dass die wirtschaftliche Situation in Ungarn geprägt sei von hoher Arbeitslosigkeit und hoher Staatsverschuldung. Gleichzeitig habe die nationalkonservative Regierung aber zahlreiche gemeinnützige Stiftungen aufgelöst, die sich um Kranke, Pflegebedürftige, Roma und Obdachlose

gekümmert hätten. Der geänderte Umgang mit den Roma, das Problem „nicht politisch, sondern sozial“ zu lösen, sei der einzige Punkt, in dem die Fidesz-Regierung „eine kluge Strategie“ verfolge.

In der regen Diskussion mit den 22 interessierten Gästen warb Roth für ein stärkeres Engagement in Ungarn auf Ebene der EU und der sozialdemokratischen Stiftungen und Organisationen, die auch in anderen Ländern schon viel bewirken konnten. Mattheis betonte zum Abschluss: „Die Krise in Ungarn zeigt: Europa muss zu einem sozialen und demokratischen Europa ausgebaut werden!“

Ulm, 28. Juli 2012 Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

VERANSTALTUNGSHINWEIS

» 120 Jahre SPD in Bayern

Feierlichkeiten zum Jubiläum

Am 26. Juni jährte sich der Gründungstag des Landesverbandes der SPD in Bayern zum 120. Mal: Auf Initiative von Georg von Vollmar fand am 26. Juni 1892 in Reinhausen bei Regensburg der erste Landesparteitag statt.

In ihrer 120-jährigen Geschichte hat die weißblaue SPD die Entwicklung Bayerns zum modernen und demokratischen Freistaat wesentlich geprägt. Vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, wurde unter maßgeblicher Mitwirkung von SozialdemokratInnen errungen: Demokratische Mitbestimmungsrechte, das Frauenwahlrecht, menschliche Arbeitsbedingungen oder auch der freie Zugang zu Bayerns Naturschönheiten. In Schicksalsstunden der bayerischen Geschichte trug die SPD Regierungsverantwortung und kämpfte um Demokratie und Freiheit.

Die Finanzkrise, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und die Ausbreitung prekärer Beschäftigung machen täglich deutlich, dass die älteste Partei Bayerns zugleich die modernste ist: Die Gründungsforderungen der Sozialdemokratie nach Befreiung von sozialer Not und nach umfassender Demokratie in Gesellschaft und Wirtschaft sind aktueller denn je.

Mit unserem designierten Spitzenkandidaten Christian Ude und einem großen Team macht sich die bayerische Sozialdemokratie nun auf, in Bayern ab 2013 eine Politik des sozialen Ausgleichs und der Nachhaltigkeit auf der Grundlage wirtschaftlichen Erfolges zu verwirklichen.

120 Jahre - Sonder-Internetseite

Zudem möchten wir ausdrücklich auf die Website zur Geschichte der bayerischen SPD hinweisen:

<http://120jahre.bayernspd.de/>

Sie bietet einen außergewöhnlich umfassenden Blick auf die Anfänge bis zur Gegenwart der Sozialdemokratie in Bayern. Viel Spaß beim Lesen und Durchklicken!

Newsletter Nr.33

Dr. Paul Wengert | MdL

» Eröffnung des Lechwanderwegs

Traumhafte Wanderungen von der Lechquelle abwärts

Der neue Lechweg verbindet auf einer Länge von rund 125 Kilometern drei Regionen im benachbarten Österreich und in Bayern, nämlich das Arlberggebiet, die Naturparkregion Lechtal-Reutte sowie mit Füßen das bayerische Allgäu. Die wegemäßig gut zu bewältigende Wanderstrecke führt durch eine der letzten Wildflusslandschaften Europas entlang des türkisfarbenen Lechs von seiner Quelle beim Formarinsees am Arlberg bis zum Lechfall in Füßen.



V.l.n.r. Dr. Paul Wengert mit seinem Kollegen aus dem Tiroler Landtag und Elmener Bürgermeister Ginther sowie Landeshauptmannstellvertreter Hannes Gschwendner.

Foto: Manfred Sailer

Sieben Weg-Etappen führen vorbei an der größten Steinbock-Kolonie Europas, an einem Wasserfall, der wie aus Zauberhand jedes Jahr versiegt und wieder neu entspringt, über

schwingende Hängebrücken bis hin zu den Königsschlössern.

Dabei ist die mit über 200 Metern längste Hängebrücke Österreichs, die bei Holzgau in schwindelnder Höhe von 100 Metern eine Schlucht überquert, sicher für manchen eine besondere Herausforderung; sie kann allerdings auch umgangen werden...Auch wer sich dieses Höhererlebnis nicht gönnt oder zumuten möchte, kann auf der gesamten Strecke alle seine Sinne erleben, Natur spüren und entspannen. Der neue Lechweg ist übrigens Modellprojekt eines europäischen Qualitätslabels für Weitwanderwege.

Newsletter Dr. Paul Wengert Nr. 33

Bildungspolitik in Baden-Württemberg

„im Auftrag unserer Generalsekretärin Katja Mast schicken wir euch ein Argumentationspapier rund um das Thema „Lehrerversorgung in Baden-Württemberg“ zur Kenntnis.“

Beste Grüße

Andreas Reißig

Pressesprecher, SPD-Landesverband B-W

Wir sorgen für bessere Bildung für alle UND einen ausgeglichenen Haushalt

Bis jetzt:

Weniger Schüler – mehr Lehrer

Seit 2003 haben wir zwei gegenteilige Trends: Die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen nehmen kontinuierlich ab – allein dort gab es einen Rückgang von etwa 125.000 Schülerinnen und Schülern. Zugleich hat das Land in dieser Zeit mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt – seit 2003 sind etwa 6.000 neue Stellen an diesen Schulen geschaffen worden. Bis 2020 prognostiziert das Statistische Landesamt einen weiteren Rückgang der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen um bis zu 190.000 Schüler. Der Trend setzt sich also fort.

Gibt es weniger Schüler, braucht man eigentlich auch weniger Lehrer – diese logische Formel nennt man im Fachjargon „demografische Rendite“. In den vergangenen Jahren haben die

Landesregierungen genau umgekehrt gehandelt: weniger Schüler, trotzdem mehr Lehrer. Während 2003 in Baden-Württemberg auf eine Lehrerstelle rechnerisch 17,2 Schüler entfielen, sind es heute nur noch 14,2 Schüler. Das ist bundesweit ein Spitzenwert.

Ein ausgeglichener Haushalt verlangt Einsparungen

Neben einer bestmöglichen Bildung für unsere Kinder ist ein ausgeglichener Landeshaushalt - ein Haushalt also, bei der dauerhaft nicht mehr ausgegeben als eingenommen wird - elementar für die Zukunft künftiger Generationen. Schon jetzt wiegt der Schuldenrucksack schwer. Auch in guten Zeiten haben die Vorgängerregierungen auf Pump gelebt und inzwischen einen Schuldenberg von über 40 Milliarden Euro angehäuft. Und leider wird das Land auch in den kommenden Jahren noch neue Schulden machen müssen.

Jedoch gilt es zu verhindern, dass die Schulden nicht mehr zu stemmen sind und unsere Kinder und Enkel von der Zinslast erdrückt werden. Deswegen müssen wir den Haushalt ins Lot bringen – daran führt kein Weg vorbei. Derzeit klafft Jahr für Jahr ein Loch von 2,5 Milliarden Euro zwischen unseren Einnahmen und unseren Ausgaben. Dieses Loch muss geschlossen werden. Dabei werden wir nicht umhin kommen, auch im Personalbereich zu sparen – die Personalausgaben machen mittlerweile über 40 Prozent des Landeshaushaltes aus. Alle Ministerien werden ihren Teil dazu beitragen müssen, kein Bereich kann ausgespart bleiben.

Spätestens im Jahr 2020 werden wir einen ausgeglichenen Haushalt haben. Diese Vorgabe macht die Schuldenbremse, die im Grundgesetz verankert wurde. Das Ziel ist aber auch der Landesregierung so wichtig, dass sie es zusätzlich in die Landesverfassung aufnehmen will.

Deshalb ab jetzt: bessere Schüler/Lehrer Relation

Das bedeutet, dass wir den bisherigen Kurs - mehr Lehrer einzustellen, obwohl die Schülerzahlen zurückgehen - verlassen werden müssen. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird es weniger Schüler an unseren Schulen geben. Dem werden wir Rechnung tragen und freiwerdende Lehrerstellen schrittweise sowie behutsam nicht mehr besetzen. Im Übrigen war es die alte Landesregierung, die schon rund 8.000 Lehrerstellen mit sog. kw-Vermerken („künftig wegfallend“) versehen hat.

CDU und FDP haben sich aber stets vor der Umsetzung gedrückt. Die Landesregierung plant bis zum Jahr 2020 insgesamt ca. 11.500 Lehrerstellen abzubauen. Das heißt: Wir nehmen nicht die ganze "Rendite" für die Konsolidierung des Landeshaushalts in Anspruch. Diese beträgt für den Zeitraum 2012-2020 14.500 Deputate. Rund 3.000 Deputate verbleiben schon jetzt im Schulbereich und stehen ab dem kommenden Schuljahr für Verbesserungen bei der Unterrichtsversorgung zur Verfügung. Wir sichern so den Klassenteiler.

Überschlägige rechnerische Prognose zur möglichen Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation im Zeitraum 2012 -2020

Schuljahr	Schülerzahl	Relation Schüler/Lehrer
2010/11	1 479 200	15,1
2011/12	1 444 400	14,6
2012/13	1 393 200	14,0
2013/14	1 367 300	14,1
2014/15	1 341 800	14,1
2015/16	1 313 500	14,0
2016/17	1 287 500	14,0
2017/18	1 261 600	13,9
2018/19	1 239 200	13,9
2019/20	1 219 400	13,8
2020/21	1 202 800	13,8

Bessere Bildung braucht mehr als mehr Lehrer

Wir wollen nichts schönreden. Natürlich hätten wir die demografische Rendite gerne weiter genutzt. Aber wir hätten uns nicht zu dieser Sparmaßnahme durchgerungen, wenn wir damit die Bildung verschlechtert hätten.

Zugleich entscheidet nicht, zumindest nicht nur, die Zahl der Lehrer über die Qualität der Bildung an unseren Schulen.

Es kommt beispielsweise wesentlich auf die Qualität der Aus- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte im Land an. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die qualitative Verbesserung des Bildungssystems.

Beides wird von der grün-roten Landesregierung angepackt.

Und der Bildungsaufbruch?

Bildung ist ein Schwerpunkt dieser Landesregierung. Viele Anforderungen und Aufgaben sind im Koalitionsvertrag formuliert worden. Einiges wurde bereits auf den Weg gebracht:

- die Studiengebühren wurden abgeschafft
- die verpflichtende Grundschulempfehlung wurde aufgehoben

- die Gemeinschaftsschule wurde eingeführt und damit der Einstieg in ein sozial gerechtes Bildungssystem geschafft
- die Freien Schulen bekommen mehr finanzielle Zuwendung
- das Land investiert jährlich knapp 400 Millionen Euro in frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung.

Trotz aller Sparmaßnahmen wird der Bildungsaufbruch fortgesetzt. Unser Ziel bleibt weiterhin, jedem Mädchen und jedem Jungen den jeweils bestmöglichen Schulabschluss zu ermöglichen. Es muss ein Ende damit haben, dass der Schulerfolg von Geldbeutel und Bildungsniveau der Eltern abhängig ist.

Aber: Wir werden möglicherweise nicht alles aus dem Koalitionsvertrag finanzieren und realisieren können und schon gar nicht alles auf einmal.

Wir müssen Prioritäten setzen und diese dann auch konsequent anwenden.

Das Kultusministerium wird deshalb ein Haushaltsstrukturprogramm erarbeiten. Es wird unter anderem eine bessere Steuerung der Lehrerteilung, eine Aufgabenkritik in der Verwaltung, eine Überprüfung der nicht direkt im Unterricht eingesetzten Stellen sowie die Zusammenlegung kleiner Klassen und Schulen unterstützen.

Letzteres wird im Rahmen der längst fälligen regionalen Schulentwicklung vorangetrieben. Insgesamt heißt das alles nichts anderes, als im Kultusbereich insgesamt zu prüfen: Wo gibt es Doppelarbeit? Wo ist die Struktur zu träge? Wo fehlt es an aktuellen Informationen? Welche Projekte führen nicht zu den erforderlichen Ergebnissen?

Es sind mit den Kommunalen Landesverbänden weitere Schritte auszuhandeln, um die regionale Schulentwicklung und den Ausbau von Ganztagsangeboten besser voranzubringen. Dazu gehört auch, die Verbände von Lehrern, Eltern und Schülern in die Beschlüsse einzu beziehen. Zukünftig werden nur noch Schritte umgesetzt, die auch tatsächlich den Bildungserfolg fördern. Die bisherige "Projektitis" mit einem kleineren Vorhaben hier und einem anderen dort wird es nicht mehr geben. Auch das gehört zu einem besseren Einsatz der Mittel.

Das Ziel ist klar: Wir wollen ein Bildungssystem für unsere Schülerinnen und Schüler erreichen, das den aktuellen und künftigen Herausforderungen besser gerecht wird. Und wir wollen den Haushalt dabei im Blick behalten.

„Wir regieren mit -super- das hätten wir uns vor der Landtagswahl nicht träumen lassen!“

Ja, oft genug ist es seit dem 27. März 2011 beschworen worden. Man ist wieder wer im Ländle, ist Regierungspartei, kann aktiv gestalten. Und dann? Es gibt bis jetzt noch nicht einmal einen Hauch von politischen Ansätz-en, wie die Aufgabe der regionalen Schulentwicklungsplanung umgesetzt werden soll, sagt Wilfried Franke, Direktor des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben. „Wir haben weiß Gott derzeit Baustellen genug, um die wir uns kümmern müssen, von der Planung der neuen Windräder in der Region über den neuen Landschafts-Rahmenplan, die Interessengemeinschaft Südbahn und: die Fortschreibung des Regionalplanes.

Da haben wir weder Zeit noch Personal noch andere Ressourcen für dieses neue Thema.“ Die Landesregierung hat angekündigt, Lehrerstellen zu streichen und kleine Schulen vor Ort dicht zu machen. Die Eltern haben am 30. März reihenweise die Hauptschule abgewählt: am Bodenseeufer von Kressbronn bis Sipplingen gibt es nach den Sommerferien keine 5. Klasse mehr an den Hauptschulen. Eine gemeindeübergreifende Planung der Schulinfrastruktur vor Ort in jeder einzelnen Schulregion wäre zwingend erforderlich, sagt MP Kretschmann. Doch was tut sich? Nichts! Die Stammtische oder etwas gehobener: die Honoratioren befassen sich lieber mit dem gestiegenen Preis für eine Maß Bier auf dem Seehasenfest und dem Rutenfest, nicht zu vergessen dem Schützenfest in Biberach, anstatt den Sonntagsreden zum Rohstoff „Bildung“ am Montag Taten folgen zu lassen in Form nachhaltiger Diskussionen zur künftigen Bildungsinfrastruktur in unseren Kommunen und Landkreisen. Aber: Da ist Fehlanzeige. Ist das etwa aktives „Mitregieren“ in der Fläche, also auch auf der kommunalen Ebene der politischen Parteien, die die derzeitige Landesregierung in Stuttgart in einer Koalition tragen?

W. Bernhard

Bodo Rudolf, ein oberschwäbischer

Sozialdemokrat, 40 Jahre in der SPD

Ein oberschwäbischer Sozialdemokrat, Maschinenbauingenieur und überaus welterfahren. Fast erstaunlich, dass er nach seinen Reisen und Aufhalten in der weiten Welt, besonders in der Konfliktregion Naher Osten, auch einige Jahre gewöhnlicher SPD-Basisarbeit auf sich genommen hat. Bodo Rudolf feiert im Dezember das 40jährige Partei-jubiläum in der SPD. Die gestandenen Ravensburger Roten kennen ihn noch als Schriftführer und stellvertretenden Ortsvereinsvorsitzenden im Ortsverein. Am Beginn des vergangenen Jahrzehnts übernahm er den kleinen, inzwischen leider überalterten Vorallgäu-Ortsverein Wolfegg-Bergatreute und – unter dem Kreisvorsitzenden Rudolf Bindig – das Amt des Schriftführers im Ravensburger SPD-Kreisvorstand.

Auf die Palme bringen ihn Leute mit einem unverrückbaren Weltbild, rechthaberisch und intolerant, von denen es im Vorderallgäu etliche gibt, mit einer ziemlich dunkel imprägnierten Gesinnung. Andererseits bewundert er Menschen, die nicht aufgeben, dicke Bretter zu bohren, um die Welt und die Gesellschaft um uns herum ein wenig gerechter und solidarischer zu machen. Davon könnte es viel mehr geben, meint Bodo Rudolf, der deshalb Volkes Stimme bei den allfälligen politischen Wahlen gerade im Oberschwäbischen doch für ziemlich überbewertet hält.

Im Jahr 1972 ist er, seinerzeit in Paris lebend, in die SPD eingetreten. Für Geschichtskundige ist es das Jahr der erfolgreichen Wiederwahl des Friedensnobelpreisträgers und Entspannungspolitikers Willy Brandt zum deutschen Bundeskanzler. Das Jahr, in dem die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl und bei den Landeswahlen in Baden-Württemberg beste Wahlergebnisse eingefahren haben. Und es schmerzt Bodo Rudolf, dass der SPD-Partei-spitze nicht, den Abgeordneten und Funktionären nicht und ebenso wenig der Parteibasis ein Rezept eingefallen ist, den Niedergang bis zur Bundestagswahl 2009 oder bei der Landtagswahl 2011 (23 Prozent) aufzuhalten. Nach jeder Wahl hat man so weiter gemacht wie vorher. Willy Brandt hat Bodo Rudolf in jungen Jahren weltoffen gemacht. Er wollte nach der Schule und dem Studium nicht in Ravensburg „verhocken“, sondern ins Ausland gehen.



Zuerst arbeitete er als Ingenieur in Paris, später hauptsächlich in Asien. Seine Frau und später seine Tochter machten dieses Abenteuer mit. Wenn er dann mal für ein paar wenige Jahre wieder nach Oberschwaben zurückgefunden hatte, nahm er gerne am Martiniessen in der „Post“ Wolfegg teil. „Da fällt etwas Glanz auf unseren Ortsverein“, sagte er. Die erfolgreiche Tradition, von Rudolf Bindig begründet, lädt alljährlich prominente Parteipolitiker/innen zu bestimmten aktuellen Themen in die ober-schwäbische Provinz ein.

Bemerkenswert ist das literarische Engagement des Parteijubilars – sein „drittes Leben“ nach zwanzig Jahren im Ausland.

Der Rote Seehas hat ein Interview mit ihm geführt:

RSH: Wie kam es zum ungewöhnlichen Umzug von Paris nach Basra im Irak?

BR: Nach dem Studium habe ich zunächst bei Escher Wyss in Ravensburg gearbeitet, dann fünf Jahre in Paris. Die Muttergesellschaft, die Schweizer Maschinenfabrik Sulzer, baute in den Siebzigern unweit von Basra am Persischen Golf eine Papierfabrik, später noch eine zweite etwas nördlicher in den mesopotamischen Sümpfen. Ich bekam 1974 das Angebot, die Montage der Maschinen und Anlagen zu leiten. Das ließen sich meine Frau (aus der Reisebranche) und ich nicht entgehen – wir wagten den Sprung in den Orient. Es wurden

dann insgesamt 15 Jahre in Ländern des Nahen und Fernen Ostens.

RSH: Du hast dann noch in der Hauptstadt Bagdad bis zum ersten Golfkrieg Karriere gemacht.

BR: Ja, das Geschäft im Maschinen- und Anlagenbau brummt damals im Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris. Und so erhielt ich den Auftrag des Sulzerkonzerns, die Vertretung in der irakischen Hauptstadt zu übernehmen. 1980 überfiel Saddam Hussein den Nachbarn Iran. Nach einem Kriegsjahr verließen wir den Irak.

RSH: Du hast die Zeit im Irak und Iran literarisch verarbeitet, in 26 Stories und 13 amüsanten Kurzgeschichten.

BR: Meine Eindrücke vom dortigen Leben und Arbeiten flossen in das Buch „Paris-Basra – Ein Ingenieur im Orient“ ein. Wer miterleben will, wie wir mit der irakischen Geheimpolizei auf Wildschweinjagd gehen, im nachrevolutionären Iran hinter geschlossenen Vorhängen Bier brauen und Wein keltern, taucht mit der Lektüre in eine fremde Welt. „Paris-Basra“ sind keine biographischen Reiseerzählungen, sondern Geschichten über das Leben in durchweg islamischer Gesellschaft und Kultur. Wir haben uns wohl gefühlt und sind immer gut behandelt worden. Sagen wir: fast immer.

RSH: Du präsentierst unterhaltsame Anekdoten mit viel Sympathie für die Menschen des Orients, aber es sind auch ganz andere Erlebnisse damit verbunden.

BR: Ja, da ist die bedrückende Erfahrung von iranischen Bombenangriffen auf Bagdad während des irakisch-iranischen Krieges. Eine schreckliche Zeit für die Bevölkerung beider Länder, der Krieg dauerte ja acht Jahre. Nicht zuletzt wegen unserer Tochter, die seinerzeit gerade in der Deutsche Schule in Bagdad eingeschult worden war, siedelten wir nach Abu Dhabi über. Aber auch in Südostasien war es nicht immer gemütlich. 1998 sind wir auf Sumatra in soziale und politische Unruhen geraten und zweitweise nach Malaysia geflüchtet.

RSH: Wohin hat euch das Leben noch geführt?

BR: Außer in den in „Paris-Basra“ geschilderten Ländern Iran und Irak haben wir, wie gesagt, über vier Jahre in den Vereinigten Arabischen Emiraten gelebt; beruflich hat es mich auch nach Syrien, Afghanistan und Pakistan verschlagen, Indonesien habe ich auch schon erwähnt. Eine der Geschichten ist betitelt „Mit dem Leberkäs über den Khyberpass“ – den legendären Khyberpass kannten noch die Aus-

steiger auf dem Hippie-trail in den Sechzigerjahren und später. „Paris-Basra“ konnte ich im Oktober 2011 im Museum Humpisquartier dem Ravensburger Publikum vorstellen, textlich begleitet vom Publizisten Wolfram Frommlet und orientmusikalisch von der alevitischen Kulturgemeinde. Schaut mal ins Internet, es gibt dort auf Youtube einen Vierzehnminuten-Film über die Veranstaltung.

RSH: 40 Jahre in der SPD. Was wünschst du dir für die Parteiarbeit der SPD?

BR: Ohren steif halten – weitermachen! Es geht doch aufwärts; im Ländle regieren wir mit. Ein Rezept für die allseits nachlassende Bereitschaft, sich in Parteien zu engagieren, habe ich auch nicht. Die Ortsvereine im Vorallgäu, und nicht nur die, brauchen dringend Nachwuchs, sonst gibt es bald keine roten Inseln mehr im schwarzen Meer rings herum. Die Zusammenlegung der Vorallgäuer Ortsvereine ist ja leider im vergangenen Jahr am fehlenden Interesse der Mitglieder gescheitert. Aber es gibt sie ja, die engagierten jungen Leute. Nicht nur die Parteien ändern sich, auch die Wähler. Gute Politik wird sich durchsetzen.

RSH: Du bist aber auch dem guten Essen und Trinken verbunden.

BR: Und wie! Im selben Verlag wie „Paris-Basra“ erschien 2010 meine Satire „Die Riebeleessuppe im Zeichen des Klimawandels“. Das Buch trägt den Titel „Gaumenkitzel – Erlesene Menüs aus der Literatenküche“. Dafür ist dem Verlag 2010 der Gourmand World Cookbook Award verliehen worden. Also: Lesen und Riebeleessuppe nachkochen, das Klima wird's danken!

RSH: Dein erstes Buch waren die „Geschichten aus Wäsch“.

BR: Die „Geschichten aus Wäsch“ sind 2006 im Silberburg Verlag Tübingen erschienen. Umschlaggestaltung vom leider kürzlich verstorbenen Manfred Hepperle. Die Wäscher Geschichten spielen in einem schwäbisch-scurrilen Mikro-Kosmos und handeln von der Unterdrückung des Mannes durch die (weibliche) Herrschaft. Wer die Gabe zur Ironie besitzt, wird die Geschichten mit Freude lesen. Rein zufällig wohnen wir in Wäsch, einem Teilort von Wolfegg mit eigenem Ortsschild. „Deutschlands einziger Ort mit 100% SPD-Mitgliedschaft!“ Früher hatte Wäsch mal drei Einwohner, aber seit unsere Tochter außer Haus ist, sind wir nur noch zu zweit – die Herrschaft und ich.

Statistik zu Seite 5

RSH: Es gab auch schon zwei Auszeichnungen für die schriftstellerische Arbeit.

BR: Ja, darüber habe ich mich sehr gefreut. Das waren die Aufnahme in die Anthologie des schwäbischen Literaturpreises 2007 des Landesbezirkes Schwaben/Bayern, und ein Jahr später die Platzierung beim der Förderpreis der Literarischen Vereinigung Signatur in Tettngang.

RSH: Was treibst Du sonst so im Ruhestand?

BR: Seit der Rückkehr aus dem Iran bin ich ehrenamtlich in der Museumsgesellschaft Ravensburg e. V. engagiert. Der Verein betreibt das sogenannte Humpishaus in Ravensburg – Museumspädagogik, neuerdings auch eine Kleinkunsthöhne, deren Initiator ich war. Kürzlich habe ich den Vorsitz der Museumsgesellschaft übernommen. Im Alter ist es wie in der Schule: Bloß nicht hocken bleiben!

RSH: Neues Literarisches in Arbeit?

BR: Immer! Wenn was Neues auf den Markt kommt, melde ich mich. Ich würde mich ganz besonders freuen, von den Genossinnen und Genossen, die meine Bücher und Geschichten lesen, mal einen Rücklauf zu bekommen. Für alle anderen gilt mein Spruch: „Lesen müsst Ihr meine Bücher it, bloß kauf!“ Jede(r)frau/ jedermann ist herzlich bei meinen Lesungen in der Region willkommen. (Nächster Auftritt: 27. September, Stadtbuchhandlung Bad Waldsee)

Von Bodo Rudolf bisher erschienen, u. a.:

„Paris-Basra – Ein Ingenieur im Orient“
Stories & Friends Verlag, Lehrensteinfeld
300 Seiten € 18.90
ISBN 978-3-942181-08-2

„Geschichten aus Wäsch“
Silberburg Verlag, Tübingen
160 Seiten € 14.90
ISBN 978-3-87407-715-6

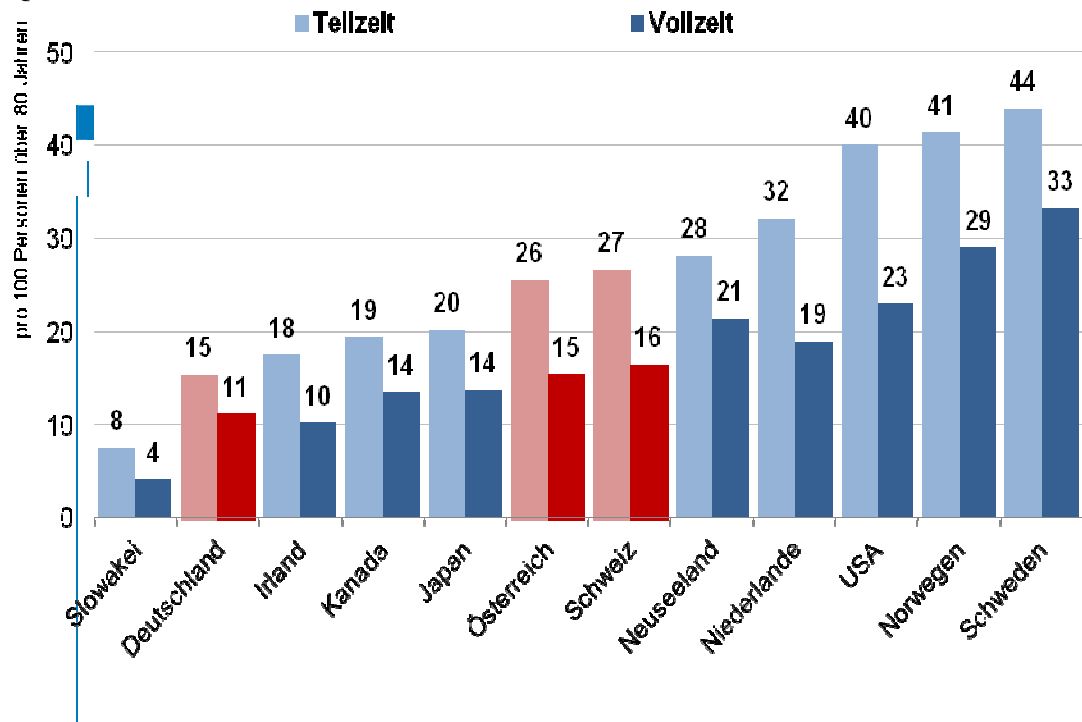
„Gaumenkitzel“
Anthologie, Stories & Friends Verlag,
Lehrensteinfeld
340 Seiten € 19.95
ISBN 978-3-942181-00-6

W. Bernhard

Aus der OECD-Statistik:

PFLEGEPERSONAL IN DER ALTENPFLEGE (pro 100 Personen über 80 Jahren)

Quelle: OECD Data 2010



AG ChristInnen und SPD Oberschwaben/Bodensee

lädt ein

„SPD und christliche Kirchen. Was verbindet, was trennt sie?“

25.10.2012, 19.30 Uhr

Café im Heilig Geist Spital Ravensburg

Unsere Gesprächspartner:

Ingo Rust MdL (Staatssekretär im Finanzministerium Stuttgart, Beauftragter der SPD Landtagsfraktion für die Evangelische Kirche)

Paul Schobel (Betriebsseelsorger i.R.)

Pfr. Hans-Dieter Schäfer: Ev.Krankenhauspfarramt ZfP Südwürttemberg/Weissenau
Weingartshofer Str. 2
88214 Ravensburg
Tel: 0751/76012469 Fax 0751/76012478
hans-dieter.schaefer@zfp-zentrum.de

Laut für Toleranz!

**Montag, 30. Juli 2012, Treffpunkt: 15.30 Uhr,
vor dem Haus der Gewerkschaften,
Weinhof 23**

Am kommenden Montag, den 30. Juli, beabsichtigt die NPD auf ihrer „Deutschlandfahrt“ gegen 16 Uhr auch nach Ulm zu kommen.

Wir sprechen uns laut und deutlich gegen die NPD-Aktion aus. In unserer Stadt ist dafür kein Platz !

Daher rufen wir auf:

Kommt und zeigt euren Protest!

In Ulm ist kein Platz für Nazis. Das haben die BürgerInnen 2009 deutlich gezeigt, das zeigen wir auch 2012!

Bringt Trommeln, Tröten, Trillerpfeifen und alles was sonst noch Lärm macht mit – wenn wir den Auftritt schon nicht verhindern können – so wollen wir sie dennoch nicht hören – wir sind lauter!!!

Wir lehnen jegliche Aktivitäten von verfassungsfeindlichen Organisationen ab.

Wir bekennen uns zu einer demokratischen, pluralistischen und offenen Gesellschaft.

Wir wehren uns gegen Gewalt und Diskriminierung.

Wir setzen uns ein für Integration und Toleranz.

Eine Demokratie muss wehrhaft sein, sie zu schützen ist unsere gemeinsame Aufgabe und Verpflichtung. Der Rechtsextremismus muss entschlossen, mutig und mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln bekämpft werden.

Eine Partei, die immer wieder deutlich macht, dass sie in der inhaltlichen Tradition des Nationalsozialismus steht, muss daher endlich verboten werden. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Elke Ferner:

ASF@SPD.de

Alexander Geisler, M.A.:

Alex.Geisler@gmx.de

Marcel Rist:

marcel.rist@yahoo.com

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Adnan Sabah:

ASabah1@web.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

martin.gerster@wk.bundestag.de

martin.gerster@bundestag.de

Martin Gerster, MdB:

Martin Pfister:

m-pfi@bluewin.ch

Claudia Friedl, Parteipräsidentin:

claudia.friedl@bluewin.ch

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Ilse Petry:

Ilse.Petry@dgb.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Dr. Paul Wengert | MdL, BY:

paul.wengert@gmx.de

Andreas Reißig:

Pressesprecher SPD-LV B-W

andreas.reissig@spd.de

H.D. Schäfer:

hans-dieter.schaefer@zfp-zentrum.de

DGB Südwürttemberg,

Antje Trosien:

antje.trosien@dgb.de

Leo Wiedemann:

leo.wiedemann@t-online.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de